

per Fax Hr. Conty est.

Dirk Niebel MdB
Generalsekretär der Freien Demokratischen Partei

Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e. V.
Herrn Michael Conty
Vorsitzender
Allensteinstraße 51
14195 Berlin

Eingegangen

25. Mai 2009

AZ:06.4-2.....

Berlin, 19. Mai 2009
voe

Sehr geehrter Herr Conty,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage vom 1. April 2009 an die Mitglieder des Deutschen Bundestages. Für die FDP möchte ich Ihnen gerne antworten.

Politik für Menschen mit Behinderung ist Bürgerrechtspolitik. Die Möglichkeit zur vollständigen Teilhabe an allen Bereichen des Lebens ist das Hauptziel liberaler Politik für Menschen mit Behinderung. Wir setzen uns deshalb für eine in allen öffentlichen und privaten Bereichen barrierefreie Infrastruktur genauso ein wie für die uneingeschränkte Möglichkeit zur Teilhabe am regulären Arbeitsmarkt und der Zivilgesellschaft. Mit der Ratifikation des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung sind wir in der Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderungen einen entscheidenden Schritt vorangekommen. Die FDP steht uneingeschränkt hinter den Zielen der Konvention, warnt aber davor, es einfach bei der Ratifikation zu belassen. Nach Angabe der Bundesregierung können Menschen mit Behinderungen keinen subjektiven Rechtsanspruch aus der Konvention ableiten. Deshalb müssen der gesetzgeberische Handlungsbedarf auf Bundes- und Länderebene umgehend detailliert geprüft und konkrete Schritte zur Umsetzung der Konvention eingeleitet werden. Menschen mit Behinderungen müssen an der Umsetzung beteiligt werden. Denn sie wissen am besten, wo Verbesserungen notwendig sind. Das Wunsch- und Wahlrecht der Menschen mit Behinderung muss bei der Umsetzung der Konvention im Vordergrund stehen.

Das Erreichen einer barrierefreien Gesellschaft ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht nur finanzielle Solidarität zwischen Bund, Ländern und Gemeinden erfordert, sondern auch einen Bewusstseinswandel in den Köpfen voraussetzt. Um Behinderung von Beginn des Lebens an als Normalität zu empfinden, setzt sich die FDP für ein möglichst gemeinsames Aufwachsen behinderter und nicht behinderter Kinder in Kindertagesstätten, Schulen, Freizeit- und Bildungseinrichtungen ein. Für die FDP gilt der Grundsatz „Inklusion vor Sonderbeschulung“. Es ist das Ziel liberaler Bildungspolitik, mehr Gemeinsamkeiten beim Leben und Lernen von behinderten und nicht behinderten Schülern in allen Schulformen zu suchen und zu fördern sowie verbindlich inklusive Konzepte individueller Förderung in den allgemeinbildenden Schulen vorzulegen.

Freie Demokratische Partei - Thomas-Dehler-Haus - Reinhardtstraße 14 - 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 28 49 58 81 / -83 Telefax: 28 49 58 82 - E-Mail: niebel@fdp.de

Deutschland braucht den Wechsel – Ihre Spende für eine bessere Politik
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto Nr.: 26 72 82 200

Übergänge und Rückschulungen sollen zu jedem Zeitpunkt möglich sein. Daneben ist die Beschulung in speziellen Förderschulen jedoch dort beizubehalten, wo dies zum Wohle der Kinder notwendig ist. Förderschulen sollen dabei in einem Netzwerk enge Kontakte mit ihrem Umfeld und den Regelschulen pflegen. Die FDP will den Ausbau von Regel- und Förderschulen unter einem Dach und die Einrichtung von Förderschulklassen an der Regelschule forcieren, da die Vorteile beider Fördervarianten hier am besten verwirklicht werden können. Wir werden noch im Jahr 2009 im Rahmen eines Kongresses mit den unterschiedlichen Fachverbänden und der interessierten Öffentlichkeit zusammentreten, um gemeinsam über Strategien und pragmatische Lösungsansätze für eine bessere inklusive Politik in Deutschland zu diskutieren und diese dann auch umsetzen.

Menschen mit Behinderungen sollen frei ihren Wohnort wählen dürfen und auf Wunsch möglichst lange in der ihnen vertrauten Umgebung bleiben können. Um die eigenen vier Wände an die veränderten Lebensbedingungen anzupassen, benötigen die Menschen professionelle Hilfe. Deshalb sind Assistenzmodelle weiterzuentwickeln, die mobilitätseingeschränkten Menschen die Möglichkeiten aufzeigen, in ihrer vertrauten Wohnung verbleiben zu können. Für eine tatsächliche Teilhabe an der Gesellschaft außerhalb von Heimen fordert die FDP ein prinzipiell und flächendeckend trägerübergreifendes persönliches Budget. So können hilfebedürftige Menschen statt der Sachleistung eine Geldleistung in Anspruch nehmen. Sie sind Kunden und entscheiden selbst, wo sie sich aufhalten und welcher Anbieter oder welche Person Hilfe erbringen soll. Dies stellt das höchstmögliche Maß an Selbständigkeit und Eigenverantwortung sicher. Liberale Sozialpolitik betont das Prinzip der individuellen Hilfe.

Mit freundlichen Grüßen

